

Wie die NZZ Russland zum Feindbild formt

geschrieben von Redaktion | 2. August 2025

18

Meinung & Debatte

Neue Zürcher Zeitung

Dienstag, 29. Juli 2025



Schäden nach einem Drohnenangriff in Kiew, 21. Juli 2025.

JEREMY WILKINSON / ZUMA

Ohne Sieg über Russland gibt es keinen Frieden

Die Ukraine kämpft für sich und den Westen – jetzt liegt es an Westeuropa, entschlossen zu handeln, bevor es zu spät ist.
Gastkommentar von Andrew Chakhoyan

«Sie hatten die Wahl zwischen Krieg und Schande. Sie haben die Schande gewählt und werden den Krieg bekommen», sagte Churchill an die Adresse Neville Chamberlains, der dachte, 1938 in München den Frieden gerettet und mit Hitler einen Ausgleich erzielt zu haben. Russland mit seinem gewalttätigen Revanchismus stellt zwar noch keine direkte Bedrohung für Westeuropa dar, aber Churchills Lektion gilt nach wie vor.

Das derzeitige Opfer der russischen Aggression, die Ukraine, ruft nicht nach Soldatenstiefeln westlicher Staaten auf seinem Boden. Was die Ukraine sucht, ist die Anerkennung – in Brüssel und London, Berlin und Paris –, dass das Böse in Europa erneut zu wuchern beginnt. Und dass die Ukraine zu Europa gehört. Seit der Annexion der Krim 2014, elf Jahre lang, ertrug Kiew die gewaltsame und brutale Willkür Moskaus, derweil Europa Gedanken und Gebete schickte und mit Schlupflochern versehene Sanktionsgesetze verabschiedete, in der Hoffnung, der «Konflikt» würde sich von allein lösen.

Doch in der Ukraine herrscht kein «Konflikt», keine Situation, die zwischen zwei Parteien mit konkurrierenden Ansprüchen irgendwie beigelegt werden könnte. Es ist ein Krieg der Wahl, den der Krim vom Zaun gebrochen hat – ein nach Völkerrecht krimineller Akt. Der Krieg wird nicht enden, wenn die Ukraine aufhört, sich zu verteidigen, sondern wenn Russland seine Angriffe beendet.

Zweifelslos unterstützt die grosse Mehrheit der Westeuropäer die Ukraine, aber oft aus sicherer emotionaler Distanz heraus: Der Krieg ist tragisch, ja schrecklich. Und natürlich trägt Russland die Schuld. Aber es ist nicht unser Krieg. Es ist der ihre.

Das Baltikum, Polen und Skandinavien erkennen die Gefahr und sind erwacht. Die Bürger jener Länder aber, die das Glück haben, nicht an Russland zu grenzen, prangern das Unrecht und den Horror zwar an, tun aber wenig, um beides zu stoppen. Sie klammern sich an die Illusion, dass auf dem Kontinent noch Frieden herrscht, solange die Gewalt nur weit genug im Osten bleibt.

Der tief verwurzelte Pazifismus ist daran mitschuldig: als moralisches Prinzip und als bequeme Ausrede. Die Schrecken der Weltkriege hinterliessen eine dauerhafte Abneigung gegen Gewalt und den

Europas Westen klammert sich an die Illusion, dass auf dem Kontinent noch Frieden herrscht, solange die Gewalt nur weit genug im Osten bleibt.

Ukraine würde eine glaubwürdige Abschreckung gegen künftige Aggressionen darstellen.

Europa verfügt nach wie vor über echte Handlungsoptionen. Diese umfassen die Überweisung von 300 Milliarden Dollar von eingefrorenen russischen Vermögenswerten an die Ukraine, die Verschärfung der Sanktionen und die Sperrung der Ostsee für Russlands Schattenflotte. Dazu eine nicht schrittweise, sondern umfassende Bewaffnung der Ukraine – auch mit Langstreckenwaffen für Ziele im tiefen Russland.

Entschlossenheit heisse: Taurus-Marschflugkörper zu liefern, schnell und stark in die ukrainische Militärtechnik zu investieren und am Himmel über der Ukraine einen Schutzschirm aufzubauen. Nicht weil Europa partout auf einen Kampf aus wäre, sondern um nicht selber kämpfen zu müssen.

Die Vorstellung, Russland stehe kurz davor, Nuklearwaffen einzusetzen, ist ein gefährlicher Kurzschluss. Das Risiko dafür ist nicht kleiner, sondern grösser geworden, weil der Westen sich auf die Erpressung des Kremls einliess. Das Risiko einer nuklearen Konfrontation ist niemals gleich null, aber ein willfähriges Nachgeben gegenüber Moskaus Drohungen macht einen dritten Weltkrieg eher wahrscheinlicher als weniger wahrscheinlich.

Warum erkennt das Europa westlich der Oder den Mut der Ukraine nicht als ein grosses Ge-

Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), lange als seriöses «Intelligenzblatt» der Schweiz bekannt, veröffentlicht seit geraumer Zeit regelmässig scharf formulierte Beiträge über Russland. Der Journalist Christian Müller kritisiert, dass diese Berichte nicht nur Präsident Wladimir Putin angreifen, sondern oft ein ganzes Volk pauschal verurteilen. Damit trage die Zeitung zur Verbreitung von Ressentiments bei, so Müller. Das Schweigen der NZZ-Aktionäre interpretiert er als stillschweigende Zustimmung zu dieser Linie.

Der Auslöser: ein Gastbeitrag vom 29. Juli 2025

Unter dem Titel «Ohne Sieg über Russland gibt es keinen Frieden» liess die NZZ den Politberater Andrew Chakhoyan zu Wort kommen. Chakhoyan, in der Ukraine geboren und heute US-Staatsbürger, ist «Academic Director» an der Universität Amsterdam und berät Regierungen in strategischen Fragen. Gleich zu Beginn warf er Russland «gewalttätigen Revanchismus» vor – ein Begriff, den Müller als historisch unzutreffend einordnet.

Zur Erinnerung: Im Zweiten Weltkrieg spielte die Rote Armee eine zentrale Rolle beim Sieg über Nazi-Deutschland. Sie entschied die Schlachten von Stalingrad und Kursk für sich und befreite Auschwitz. Ohne diesen Beitrag, so Müller, wäre Europa vermutlich länger unter nationalsozialistischer Kontrolle geblieben. Vor diesem Hintergrund wirkt der Vorwurf eines russischen Revanchismus fragwürdig.

Kontext und ideologisches Umfeld

Chakhoyan publiziert regelmässig auf Euromaidanpress, einer pro-ukrainischen Plattform, die den Machtwechsel in Kiew 2014 als «Revolution der Würde» bezeichnet. Diese Einordnung ist umstritten,

da Kritiker sie als gezielte politische Rahmung sehen. In der NZZ wiederholt Chakhoyan seine Forderung nach einer härteren militärischen Gangart gegen Russland.

Er schrieb: «Der tief verwurzelte Pazifismus ist daran mitschuldig: als moralisches Prinzip und als bequeme Ausrede.» Damit macht er westliche Zurückhaltung für die Eskalation verantwortlich. Müller hält dagegen: Die NATO-Osterweiterung, US-Raketenstationierungen in Polen und Rumänien sowie das Ausbleiben verbindlicher Sicherheitsgarantien seien zentrale Auslöser des Konflikts – Aspekte, die im NZZ-Beitrag unberücksichtigt bleiben.

Forderungen mit Sprengkraft

Chakhoyans Vorschläge umfassen:

- Überweisung von 300 Milliarden Dollar eingefrorener russischer Vermögenswerte an die Ukraine
- Verschärfung der Sanktionen
- Sperrung der Ostsee für russische Schiffe
- Lieferung von Langstreckenwaffen wie Taurus-Marschflugkörpern.
- Einrichtung eines umfassenden Luftabwehrsystems über der Ukraine.

Müller zufolge sind dies Schritte, die den Krieg nicht verkürzen, sondern eher verschärfen könnten. Er warnt, dass solche Massnahmen eine direkte militärische Konfrontation zwischen NATO und Russland wahrscheinlicher machen.

Die NZZ und ihre Autoren

Leserinnen und Leser der NZZ kennen die militärisch geprägten Kommentare von Andreas Rüesch und Georg Häsler. Mit Chakhoyan, so Müller, habe die Redaktion nun zusätzlich einen Autor mit eindeutiger Eskalationsagenda ins Boot geholt. Dies verdeutlicht, dass die Zeitung nicht nur berichtet, sondern aktiv Einfluss auf die geopolitische Meinungsbildung nimmt.

Offene Fragen

Müller fragt, warum die NZZ-Aktionäre nicht einschreiten und weshalb die Redaktion immer wieder Gastautoren auswählt, die sich klar für Krieg aussprechen. Chakhoyans beruflicher Hintergrund – unter anderem bei Booking.com und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) – deutet auf Erfahrung in strategischer Kommunikation und Lobbyarbeit hin. Für Müller ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass die NZZ gezielt politische Narrative verstärkt.